

Am Freitag, den 09. November 2012 hat im Raum E-001 die Vollversammlung der ausländischen Studierenden stattgefunden. Bei der AusländerInnenvollversammlung haben 104 stimmberechtigte Studierende 13 Anträge beschlossen.

### **Anträge von der AusländerInnenvollversammlung**

Wir fordern von der Leibniz Universität Hannover eine kostenlose Möglichkeit der sprachlichen Korrektur von Hausarbeiten und Abschlussarbeiten für ausländische Studierende einzurichten.

Wir fordern von der Leibniz Universität Hannover die Möglichkeit, Wörterbüchern bei den Klausuren nutzen zu dürfen.

Wir fordern ein Büro der Ausländerinnenbehörde in Universitätsräumlichkeiten, wie das im Oktober 2011 gegründete BSU (Bremen-service Universität).

Wir setzen uns ein für eine stärkere Vertretung der ausländischen Studierenden bei den verschiedenen Organen der Studierendenschaft in der Leibniz Universität Hannover.

Wir fordern die sofortige Abschaffung der rassistischen Einlasskontrollen in hannoverschen Clubs und Diskotheken.

Wir fordern vom DAAD die Erweiterung von Notfonds für ausländische Studierende, die sich temporär in einer akuten finanziellen Notlage befinden.

Wir fordern von den VertreterInnen der Studierendenschaft der Leibniz Universität Hannover die Einrichtung von Notfonds für unverschuldet in Not geratene ausländische Studierende.

Wir fordern von der Leibniz Universität Hannover die Erweiterung der Stipendienmöglichkeiten für ausländische Studierende.

Wir fordern von der Hauptstadt Hannover die vollständige Befreiung von Gebühren für die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis.

Wir fordern von der Landesregierung die Abschaffung aller direkten und indirekten Formen der Studiengebühren, sein dies allgemeine Studiengebühren, Langzeitgebühren, Betreuungsgebühren für nicht EU – AusländerInnen, Einschreibengebühren oder sonstiges.

Wir fordern von der Bundesregierung die Gleichstellung der ausländischen Studierenden mit den deutschen Studierenden im Arbeitserlaubnisrecht und die Abschaffung der 120 Tage bzw. 240 Halbe Tage Regelung.

Wir fordern von der Bundesregierung einen gleichberechtigte Zugang zum BAföG für alle ausländischen Studierende.

Wir fordern die Liberalisierung der Ausländergesetze von der Bundesregierung.

## **6. Begründung**

### **6.1. Situation an der Universität**

Die Situation an der Leibniz Universität Hannover muss für ausländische Studierende verbessert werden. Oftmals wird, insbesondere in der Betreuungsarbeit der DozentInnen, nicht auf die speziellen Probleme der ausländischen Studierenden eingegangen. Dafür fördern wir folgende konkrete Maßnahmen:

**Antrag 1: Wir fordern von der Leibniz Universität Hannover eine kostenlose Möglichkeit der sprachlichen Korrektur von Hausarbeiten und Abschlussarbeiten für ausländische**

### **Studierende einzurichten.**

Für die ausländischen Studierenden stellen die Bearbeitung und Fertigung von Seminararbeiten und Abschlussarbeiten eine besondere Herausforderung dar. Obwohl solide Grundlage der deutschen Sprache eine Voraussetzung für die Immatrikulation an der Leibniz Universität Hannover ist, haben die ausländischen Studierenden immer noch große Schwierigkeiten eine wissenschaftliche Arbeit schreiben zu können. Um eine korrekte Arbeit abgeben zu können, bezahlen die ausländische Studierende oft eine private Person um ihre Wissenschaftsarbeit sprachlich zu korrigieren.

### **Antrag 2: Wir fordern von der Leibniz Universität Hannover die Möglichkeit, Wörterbücher bei den Klausuren nutzen zu dürfen.**

Für ausländische Studierende unserer Universität stellen schriftliche Prüfungen eine besondere Herausforderung dar. Selbstverständlich kann bei allen Studierenden eine solide Grundlage der deutschen Sprache vorausgesetzt werden, die sie mittels der DSH-Prüfung als Voraussetzung für die Immatrikulation unter Beweis gestellt haben. Dennoch ist anzunehmen und aus Erfahrungsberichten ausländischer Studierender zu entnehmen, dass immer wieder Wortschatzschwierigkeiten auftreten. Manchmal sind aber nur einzelne Wörter entscheidend, um eine inhaltlich qualitative Arbeit abliefern zu können. Aus diesem Grunde wäre ein Fremdwörterbuch von hoher Bedeutung für die Studierenden.

### **Antrag 3: Wir fordern ein Büro der Ausländerinnenbehörde in Universitätsräumlichkeiten, wie das im Oktober 2011 gegründete BSU (Bremen-service Universität).**

Für die ausländische Studierenden ist es unmöglich Informationen und Termine per Telefon bei der Ausländerbehörde zu erhalten, deshalb müssen wir jedes Mal zur Ausländerbehörde gehen, um eine Information oder einen Termin zu bekommen. Das Problem besteht schon seit mindesten 2 Jahre und es gibt seitdem keine Verbesserung.

Wir fordern ein Büro der Ausländerinnenbehörde in den Universitätsräumlichkeiten. Das Büro soll eine zentrale Beratungsstelle und Serviceeinrichtung für internationale Studierende der Universität Hannover sein. Das Ziel ist die öffentlichen Dienstleistungen kundenorientiert anzubieten. Ohne große Umstände und lange Wege. Dieses Büro soll ein "richtiges" kleines Stadtamt sein, in dem die Anliegen der ausländischen Studierenden abschließend bearbeitet werden können.

### **Antrag 4: Wir setzen uns ein für eine starke Vertretung der ausländischen Studierenden bei den verschiedenen Organen der Studierendenschaft in der Leibniz Universität Hannover.**

Die ausländische Studierenden sind in der Hochschulpolitik der Leibniz Universität Hannover unter-repräsentiert. Aus diesem Grund sind die besonderen Interessen der ausländischen Studierenden nicht richtig wahrgenommen. Wir wünschen uns eine stärkere Vertretung der ausländischen Studierenden bei den verschiedenen Organen der Studierendenschaft, deshalb haben wir uns entschieden, eine Hochschulgruppe zu gründen und zu den Wahlen zu den studentischen Organen in Januar 2013 aufzustellen.

## **6.1. Rassismus und gesellschaftliche Stimmung**

Wir treten gegen Rassismus und für eine andere gesellschaftliche Stimmung gegenüber MigrantInnen, auch den BildungsmigrantInnen, ein. Für Verbesserung in diesem Bereich fordern wir folgenden Punkt:

### **Antrag 5: Wir fordern die sofortige Abschaffung der rassistischen Einlasskontrollen in hannoverschen Clubs und Diskotheken.**

Viele junge Männer, die einer ethnischen Minderheit oder der muslimischen Religion zugeschrieben werden, kennen das: An Diskothekentüren werden sie abgewiesen, andere weiße Männer oder Frauen werden reingelassen. Wir fordern die VertreterInnen der Studierenden und die

Hauptstadt Hannover auf sich mit diesem Thema zu beschäftigen und eine Lösung für das Problem zu finden.

### 6.3. Ökonomische Situation

Viele ausländische Studierende haben Probleme ihr Studium in Hannover zu finanzieren. Libyen, Iran, Kirgisien, Afghanistan oder Burundi: die Länder wechseln, aber die Probleme bleiben gleich. Wer als Nicht-EU-Bürger studieren möchte, muss der Ausländerbehörde einen dauerhaft gesicherten Unterhalt belegen. Familien legen alles zusammen, um einem ihrer Kinder ein Studium in Deutschland zu ermöglichen. Was geschieht aber, wenn plötzlich durch Krieg, Katastrophen oder Unruhen Besitz oder Erwerbsmöglichkeit der Familie zerstört werden, wenn durch Inflation Überweisungen nach Hannover ihren ursprünglichen Wert verlieren? Wer weltökonomische und politische Entwicklungen mit wachen Augen verfolgt weiß, dass eine dauerhafte ökonomische Absicherung durch Zahlungen aus dem Heimatland eine Illusion ist. Außerdem beeinflussen zusätzlich gefährden Arbeitslosigkeit und Krankheit die Finanzierung des Studium.

Die ökonomische Situation der ausländischen Studierenden muss verbessert werden. Ihre Rechtsstellung ist der von deutschen Studierenden anzugleichen. Dafür fordern wir folgende konkrete Maßnahmen:

#### **Antrag 6: Wir fordern vom DAAD die Erweiterung von Notfonds für ausländische Studierende, die sich temporär in einer akuten finanziellen Notlage befinden.**

Das Hochschulbüro für Internationales bietet schon einmalige Beihilfen und Studienabschlussbeihilfen für ausländische Studierende aus Ländern außerhalb der EU an, die an der Leibniz Universität Hannover immatrikuliert sind. Die Stipendienmittel kommen aus dem Programm STIBET des DAAD. Sie reichen aber nicht für alle Anfragen aus. Deshalb ist es notwendig die Stipendienmittel für die Studierendenschaft zu erhöhen.

#### **Antrag 7: Wir fordern von den VertreterInnen der Studierendenschaft der Leibniz Universität Hannover die Einrichtung von Notfonds für unverschuldet in Not geratene ausländische Studierende.**

Die Studierendenschaft der Leibniz Universität Hannover vergibt keine Spenden, trotzdem befindet sich eine große Anzahl von (ausländischen) Studierenden in finanzieller Not. Die Universitäten in Hildesheim und Potsdam bieten schon einen Notfonds für ihre Studierenden. Der Notfonds setzt sich zum Ziel, schnell und unbürokratisch in solchen Situationen zu helfen, in denen staatlich-öffentliche Problemlösungsansätze nicht ausreichen bzw. nicht vorhanden sind.

#### **Antrag 8: Wir fordern von der Leibniz Universität Hannover die Erweiterung der Stipendienmöglichkeiten für ausländische Studierende.**

Die Leibniz Universität Hannover vergibt Stipendien das Niedersachsen-und Deutschland-Stipendium an Studierende. Die Vergabe an eingeschriebene Studierende erfolgt aufgrund der Durchschnittsnote des Notenspiegels. Für ausländische Studierende ist es aufgrund der Sprache und der notwendigen Arbeit neben dem Studium viel schwieriger gute Noten zu erbringen. Damit sind ihre Chance geringer ein Stipendium zu kriegen.

#### **Antrag 9: Wir fordern von der Hauptstadt Hannover die vollständige Befreiung von Gebühren für die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis.**

Viele ausländische Studierende haben Probleme ihr Studium in Hannover aufgrund der Studiengebühren zu finanzieren. Um diese zusätzliche Kosten ausgleichen zu können sollen von ausländischen Studierenden in Hannover keine Gebühren für die Verlängerung einer

Aufenthaltserlaubnis erhoben werden. Die Ermäßigungen und Befreiungen halten sich an die Vorgaben der Aufenthaltsverordnung (§§ 52 + 53). Die Entscheidung über Ermäßigungen und Befreiung können damit die Ausländerbehörden treffen.

**Antrag 10: Wir fordern von der Landesregierung die Abschaffung alle direkten und indirekten Formen der Studiengebühren, sein dies allgemeine Studiengebühren, Langzeitgebühren, Betreuungsgebühren für nicht EU – AusländerInnen, Einschreibegebühren oder sonstiges.**

Studiengebühren sind sozial selektiv und bewirken, dass vor allem Kinder mit finanziell gut gestelltem Background an die Universitäten gehen. Studiengebühren schrecken alle ab, die nicht genügend Geld zur Verfügung haben. Durch Bücher, Reader, andere Arbeitsmaterialien, Versicherungen, Miete und Lebensunterhalt kostet das Studium schon genug. Für die ausländische Studierende, die keinen Anspruch auf BAföG und Studienkredit haben, stellt die Zahlung der Studiengebühren eine noch größer Schwierigkeit dar.

#### 6.4. Rechtliche Situation

Ausländische Studierende sind in der Bundesrepublik Deutschland in vielerlei Hinsicht rechtlich benachteiligt. Diese rechtliche Benachteiligung muss aufgehoben werden. Dafür fördern wir folgende konkrete Maßnahmen:

**Antrag 11: Wir fordern von der Bundesregierung die Gleichstellung der ausländischen Studierenden mit den deutschen Studierenden im Arbeitserlaubnisrecht und die Abschaffung der 120 Tage bzw. 240 Halbe Tage Regelung.**

Ausländische StudentInnen aus Nicht-EU – Staaten dürfen eine Beschäftigung dann ausüben, wenn die Aufenthaltsgenehmigung dies erlaubt. Die Aufenthaltsgenehmigung wird von der Ausländerbehörde ausgestellt. Wenn sie arbeiten dürfen, gilt Folgendes: 120 Ganztage oder 240 Halbtage. Das gilt für ein Kalenderjahr vom 1.1. bis 31.12.

**Antrag 12: Wir fordern von der Bundesregierung einen gleichberechtigte Zugang zum BAföG für alle ausländischen Studierende.**

Die Bundesregierung muss gewährleisten, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer finanzielle Situation die gleiche Chance haben, entsprechende Ausbildung absolvieren zu können. Dafür muss man für die ausländische Studierenden ein nebenarbeitsfreies Studium ermöglichen.

**Antrag 13: Wir fordern die Liberalisierung der Ausländergesetze von der Bundesregierung.**

Der Aufenthaltsstatus für StudienkollegiatInnen und Studierende in Sprachkursen muß sicher sein. Die Aufenthaltsbewilligung muß für die gesamte Zeit des Ausbildungsabschnittes gewährt werden. Außerdem muß für StudienkollegiatInnen und ausländische Studierende in den Sprachkursen die Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme bestehen.

## Propositions

### **The plenary meeting of the committee of the foreign students of LUH shall determine:**

We demand that the LUH establishes an opportunity for free linguistic correction of homework and final projects for the foreign students.

We demand from the Leibniz University of Hannover, the possibility to be allowed to use dictionaries in exams.

We demand an office for the foreigners authority on University premises, as the in October 2011, founded BSU (Bremen University Services).

We advocate for a stronger representation of international students in the various unions of the student body at University of Hanover.

We demand the immediate abolition of the racist admission policies in Hanovers' nightclubs.

We call for the extension of the DAAD emergency fund for foreign students who are temporarily in an acute financial distress.

We demand from the representatives of the student body of the Leibniz University Hannover to establish an emergency fund for foreign students who are involuntarily in need.

We demand from the Leibniz University of Hannover, the expansion of scholarships for foreign students.

We call on the (federal) capital of Hanover to release all fees for the renewal of a residence permit.

We call on the State Government to abolish all direct and indirect forms of tuition fees, be it tuition fees in general, long-term fees, service fees for non - EU foreigners, enrollment fees or any other fees.

We demand from the federal government, the equal treatment of foreign students and German students regarding the work permit law and the abolition of the 120 days or 240 half-days regulation.

We demand that the federal government gives equal access for all foreign students to BAföG.

We are asking the federal government for liberalization of the Aliens Law.

## 6 Explanatory statement

### 6.1. Situation at University

The situation has to be improved for foreign students at the Leibniz Universität Hannover. Often, especially regarding the mentoring duties of a lecturer, they do not deal with the special problems of foreign students. Therefore we encourage the following specific courses of action:

**Proposition 1: We demand that the LUH establishes an opportunity for free linguistic correction of homework and final projects for the foreign students.**

International students have a special challenge in processing and the production of term and theses papers. Even though a solid foundation of the German language is a prerequisite for enrollment at the University of Hannover, the foreign students still have great difficulty in writing a research paper. Often foreign students pay a private person to correct their science work linguistically.

**Proposition 2: We demand from the Leibniz University of Hannover, the possibility to be allowed to use dictionaries in exams.**

Written exams are a special challenge for foreign students. Of course, all students have a good proficiency in German language, as it prerequisite for enrollment and tested through DSH-Exams. Nevertheless, it can be assumed and is testified from foreign students that vocabulary difficulties occur repeatedly. Sometimes, however, only a single word is crucial to deliver a work in qualitative content. For this reason, a foreign language dictionary would be of great importance for the students.

**Proposition 3: We demand an office for the foreigners authority on University premises, as the in October 2011, founded BSU (Bremen University Services).**

For, it is impossible to get information and appointments by phone at the immigration office, so the foreign students have to go to the Immigration Office every time to get a piece of information or an appointment. The problem exists for at least 2 years and ever since there has not been an improvement. We demand an office for the foreigners authority on university premises. The office shall be a central service center for international students at the University of Hannover.

The goal is to provide those public services customer oriented. Without much fuss, circumstances and long distances. This office should be a "real" small town office in which solutions will be found and the concerns of foreign students can even be finally processed.

**Proposition 4: We are committed to a stronger representation of international students in the various organs of the student body at the University of Hannover.**

The foreign students are under-represented in the politics of the Leibniz University Hannover. For this reason, the special interests of the foreign students are not fully recognized. We hope for greater participation of foreign students in the various organs of the student body, so we decided to establish an university group and let it run for the elections in January 2013.

### 6.2. Rassism and social atmosphere

We are against racism and advocate a different social attitude towards migrants, as well as student migrants. For improvement in this area we call the following point:

**Proposition 5: We demand the immediate abolition of the racist admission policies in Hanovers' nightclubs.**

Many young men, which are attributed to an ethnic minority, or the muslim religion know it already: they are rejected at nightclub doors, other white men or women are admitted. We call on the representatives of the student body and the capital Hanover to get involved with this issue and to find a solution for this problem.

### 6.3. Economic Situation

Many of the foreign students have problems to finance their studies in Hanover. Libya, Iran, Kyrgyzstan, Afghanistan and Burundi: the countries change, but the problems remain the same.

If you are a non EU-citizen and you want to study in germany you must prove to the aliens authority a secured financial maintenance. Families put together all they have to be able to send one child of to study in Germany. But what happens when suddenly war, disasters or riots occur and possession or income of the family are destroyed, when money transfers lose its original value because of inflation?

Those who are aware of world economics and follow the political developments knows that a lasting financial security by payments from the homeland is an illusion. Also in addition, unemployment and illness threatening the financing of studies. The economic situation of foreign students needs to be improved. Their legal status has to be equal to German students. For this, we ask the following concrete measures:

**Proposition 6: We call for the extension of the DAAD emergency fund for foreign students who are temporarily in an acute financial distress.**

The International Office already provides onetime aid and study completion grants for foreign students from countries outside the EU, who are enrolled at the Leibniz University of Hanover. The scholarships come from the STIBET DAAD programme. But they are not sufficient for all enquiries. Therefore, it is necessary to increase the scholarships for the student body.

**Proposition 7: We demand from the representatives of the student body of the Leibniz University Hannover to establish an emergency fund for foreign students who are involuntarily in need.**

The student body of the Leibniz University of Hanover offers no donations, despite an amount of (foreign) students is in financial hardship. The universities in Hildesheim and Potsdam already offer an emergency fund for their students. The emergency fund is aimed to quickly and unbureaucratically help in Situations were state public problem-solving are not sufficient or do not exist.

**Proposition 8: We demand the expansion of scholarships for foreign students from the Leibniz University of Hannover.**

The Leibniz University Hannover awards grants, namely the the Lower Germany- and Germany-scholarship to students. The students with the best average grades receives the sholarship. As it is much harder for foreign students to get good grades, because of the language gap and the need to work, their chance of getting a scholarship are lower.

**Proposition 9: We call on the (federal) capital of Hanover to release all fees for the renewal of a residence permit.**

Many foreign students have problems to finance their studies in Hanover because of the tuition

fees. To compensate for these additional costs there shall be no fees collected from foreign students in Hanover, no fees for the renewal of a residence permit. Discounts and exemptions comply with the specifications of the Aufenthaltsverordnung (§ § 52 + 53). The decision whether there will be discounts and exemptions makes the immigration authorities.

**Proposition 10: We call on the State Government to abolish all direct and indirect forms of tuition fees, be it tuition fees in general, long-term fees, service fees for non - EU foreigners, enrollment fees or any other fees.**

Tuition fees are socially selective and cause that mostly children with a strong financial background attend the universities. Tuition fees scare all who have not enough money available.

Books, reader, other working materials, insurance, rent, and living costs are already high. For the foreign students who are not entitled to Bafög and student loans, have even greater difficulty to pay the tuition fees.

#### 6.4. Juridical situation

Foreign students in the Federal Republic of Germany are legally disadvantaged in many ways. This legal disadvantage must stop. For this, we demand the following concrete measures:

**Proposition 11: We demand from the federal government, the equal treatment of foreign students and German students regarding the work permit law and the abolition of the 120 days or 240 half-days regulation.**

Foreign students from non-EU - States may exercise an employment if the residence permit permits it. The residence permit is issued by the Immigration Office. If they are allowed to work, the following applies: 120 full days or half days. This applies for one calendar year from January 1<sup>st</sup> to December 31<sup>th</sup>.

**Proposition 12: We demand that the federal government gives equal access for all foreign students to Bafög.**

The Federal Government must ensure that the teens and young adults regardless of their origin and their financial situation have the same chances receiving an appropriate education. For this, studying free of any jobs must be enabled for the foreign students.

**Proposition 13: We call for the Federal Government to liberalize foreign laws.**

The status of residence for study colleagues and students in language courses must be secure. The residence permit must be granted for the total time of educational term. In addition, the ability to work must exist for study colleagues and foreign students participating in the courses.